

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus einschließlich 1,10 Mk., monatlich 4,50 Mk., vierteljährlich 13,50 Mk. — Postbezug außerdem monatlich 30 Pfg. Zustellungsgebühr. Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Zeile 120 Pfg., von anwärts 160 Pfg., Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bel. Tarif, die 3-spaltige Reklamezeile 400 Pfg. Bei Wiederholung Rabatt. — Annahme bis früh 9 Uhr. Einzelnummer 25 Pfg. — Postkontonummer Danzig 2945. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3290.

Nr. 189

Donnerstag, den 22. Juli 1920

11. Jahrgang

Polens Zurückwerfen durch die Bolschewiki.

Begen die Arbeitslosigkeit.

Von Philipp Scheidemann.

In einer Reichstagsrede habe ich mich am 28. Juni d. Js. auch mit der Frage beschäftigt, wie gegen die Arbeitslosigkeit am zweckmäßigsten, vielleicht auch mit neuen Mitteln, angeht werden könnte.

Es muß versucht werden, daß Reich, Gliedstaaten und Gemeinden, anstatt sich durch die Zahlung von Erwerbslosenunterstützungen immer mehr zu belasten, die Entlassungen von Arbeitern im besonderen Fall auch dadurch zu verhüten, daß sie als Abnehmer der Fabrikate auftreten. In manchen Industriezweigen dürfte das ohne weiteres möglich sein. Jede Stunde der Arbeitslosigkeit ist unumkehrbar verloren, ist ein unersehlicher Verlust für das ganze Volk.

Schneller als ich selbst es erwartet hatte, wurde ich praktisch vor die Frage gestellt, die ich im Reichstag erörtert hatte. Vierundzwanzig Stunden nach meiner Rede in Berlin empfing ich in Kassel den Betriebsrat einer großen Schuhfabrik. Die Arbeiter setzten mir auseinander, daß in dem von ihnen vertretenen Betrieb bereits fünfzig Arbeiter entlassen wurden, daß der Rest von etwa 200 Arbeitern zurzeit — gegen Weiterzahlung des Lohnes — beurlaubt sei, aber unmittelbar vor der Kündigung stünde, weil der Betrieb, als unrentabel, zur Stilllegung kommen sollte. 200 und mehr Arbeiter aus einem einzigen Betrieb, das heißt — Weib und Kind mitgerechnet — rund 800 bis 1000 Menschen die Existenzgrundlage nehmen, den Mann noch unzufriedener, die Frau noch unglücklicher machen.

Ich verhandelte sofort mit der Firma. Dabei stellte es sich heraus, daß sie einen Lagerbestand im Werte von etwa 4 Millionen Mark hatte. Wenn sie weiter arbeiten sollte, war mindestens ein teilweiser Umsatz des eigenen Warenkapitals erforderlich. Die Inanspruchnahme von Bankkredit stellte sich als undisturbedel heraus; die Firma verhielt sich vollkommen ablehnend. Weiterbetrieb hieß für die Firma: Verkauf von Leder, unrentable Produktion und manches andere, was ein kapitalistisches Unternehmen nicht mag. Dagegen bedeutete Stillstand des Betriebes in diesem Fall für die Firma gar keinen Verlust, denn bis zum Herbst werden die Schuhwaren wieder im Preise steigen und zwar so, daß der entgangene Verlust aus der unterbrochenen Produktion mehr als ausgeglichen wird.

Vom kapitalistischen Standpunkt aus ist das alles richtig gesehen, denn daß die Schuhwaren im Preise nicht weiter sinken werden, nachdem die Häute wieder erheblich teurer geworden sind, ist gewiß richtig. — Die Verhandlungen führten schließlich zu folgendem Abkommen: die Stadt übernimmt für die Gesamtsumme von 800 000 Mk. 6000 Paar Schuhe für Männer, Frauen und Kinder, die Firma wird sofort ausgezahlt, beschafft sich mit eigenem Kapital Leder und produziert weiter wie in letzter Zeit — 4 Tage wöchentlich.

Das Gewerkschaftsstatut und die Konsumgenossenschaft haben den Schuhverkauf übernommen; die mit der Entlassung bedrohten Arbeiter schaffen weiter.

Selbstverständlich ging nicht alles so glatt, wie es hier auf dem Papier steht. Mancherlei Hemmnisse mußten überwunden werden, bevor der Verkauf beginnen konnte. Zunächst Besprechung mit dem Betriebsrat, dann Aussprache mit erfahrenen Beamten der städtischen Verwaltung, Verhandlungen mit den Organisationen. Beratung und Beschlußfassung durch den Magistrat usw.

Erleichtert wurde uns die Uebernahme des großen Risikos durch die Gewißheit, daß es sich um ein ganz hervorragendes Produkt einer ersten im Reich und darüber hinaus bekannten Firma handelte und daß diese, selbst bestrebt, die sozial bedeutsame Frage zu einer befriedigenden Lösung bringen zu helfen, die Schuhe weit unter den Selbstkosten hergab. Die Schuhe wurden je nach Qualität zum Preise von 49 bis 175 Mark verkauft.

Der Schuhverkauf hatte sofort einen geradezu enormen Zulauf, aber auch noch die weitere Firma, daß die Schuhwarenpreise in fast allen Fachgeschäften der Stadt wesentlich gesenkt wurden. Gegen eine irrtümliche Auffassung mancher kleiner Geschäftsleute mußten wir uns von vornherein verwahren. Wertwärtzgerweise haben diese in unserem Eingreifen eine „Hilfsaktion für einen großen Fabrikanten“, zogen aus dieser falschen Voraussetzung natürlich falsche Schlüsse und sprachen sogar von einem Boykott, wenn der Zwischenhandel ausgeschlossen bleibe. Nach erfolgter Aufklärung beruhigten sich die Schuhwarenhändler.

Es ist ohne weiteres einsehend, daß die Mitwirkung städtischer Körperschaften im Kampfe gegen die Arbeitslosigkeit auf diese besondere Weise nicht immer so relativ einfach sein wird, wie in dem geschilderten Fall. Aber die Gemeinden dürften auch nicht zurückschrecken, in schwieriger liegenden Fällen das Menschenmögliche zu versuchen. Die vom Reich und den Gliedstaaten als Arbeitslosenunterstützungen gezahlten Summen sind doch wirklich, volkswirtschaftlich gesehen, zum Fenster herausgeworfen, außerdem ist der Verlust zahlloser Arbeitsstunden besonders in jetziger Zeit geradezu unerträglich.

Bei den Verhandlungen mit allen beteiligt gewesenen Körperschaften wurde wiederholt von angesehenen Unternehmern betont, daß Aktionen, wie die geschilderte, bei denen die Städte ein großes Risiko übernehmen, nur dann gemacht werden dürften, wenn die in Betracht kommenden Unternehmer auch bereit seien, erhebliche Opfer zu bringen, also selbstverständlich an den ihnen abgenommenen Waren nichts verdienen dürfen.

Doch auch mit Hilfsaktionen wie der erwähnten — die Stadt Kassel läßt natürlich, soweit sie irgend kann, Arbeiten herstellen, um Arbeitslose zu beschäftigen — die Arbeitslosigkeit nicht aus der Welt zu schaffen ist, brauche ich nicht besonders zu betonen. Aber ein Palliativmittel von nicht zu unterschätzender Bedeutung kann diese Art des Eingreifens doch werden. Kommt dazu ein Eingreifen des Reichs über- all dort, wo es sich um Betriebsstilllegungen aus Gewinnsucht oder Böswilligkeit handelt, dann ist immerhin erheblich mehr geschehen, als früher. Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit wird naturgemäß auch der stärkste Antrieb sein für alle, denen es mit der Sozialisierung ernst ist, das heißt für alle, die nicht nur über die Sozialisierung reden, sondern dafür wirken wollen.

Rußlands Vordringen gegen Polen.

Im auswärtigen Ausschuss des Deutschen Reichstages machte Genosse Eduard Bernstein auf die Folgen des endgültig ungünstigen Ausgangs des Kampfes der Bolschewiki gegen Polen aufmerksam. Er wies auf die Möglichkeit hin, daß, wenn der Krieg zwischen Rußland und Polen zu Ende gegangen sei, Polen nicht imstande sei, für die demobilisierten oder sonst sich auflösenden Truppen entsprechend zu sorgen, und daß sich dann, ähnlich wie es im Baltikum geschehen sei, marodierende Banden bilden, die dann auch die Sicherheit unserer eigenen deutschen Grenzbevölkerung gefährden könnten. Diese Bevölkerung müsse daher rechtzeitig entsprechend geschützt werden.

Auf diese Anfrage bezüglich der Maßnahmen gegen den Vormarsch der Bolschewiki gab Reichsminister Simons bekannt, daß der Reichspräsident die Neutralität Deutschlands im russisch-polnischen Kriege erklärt habe, und daß dies durch Funkgespräch nach Moskau berichtet worden sei. Deutschland würde alle Maßnahmen ergreifen, die zum Schutze seiner Neutralität notwendig seien, und hätte auch die Entente davon in Kenntnis gesetzt, daß die für die ostpreussische Grenze notwendigen Maßnahmen sich aus dieser neutralen Stellung Deutschlands erklären.

Weiter stellte der Minister fest, daß in der Tat die bolschewistische Armee nunmehr wenige Tagesmärsche von der deutschen Grenze entfernt sei. Deutschland habe seine volle Neutralität im russisch-polnischen Kriege erklärt, die Bevölkerung aber hat Maßnahmen getroffen, um ihre Grenzen zu schützen.

Nach neueren Meldungen ist die Festung Grodno bereits von russischen Truppen besetzt. Gleichzeitig mit ihnen marschierten auch litauische Truppen in die Stadt ein.

Englische Drohung gegen Rußland.

„Daily Mail“ schreibt zur englischen Antwortnote an Sowjetrußland: Die englische Note macht es deutlich, daß England nicht eingreift, um Polen irgend etwas über seine Unabhängigkeit innerhalb seiner Grenzen hinaus zu verschaffen. Aber wenn die Bolschewiki in Polen eindringen, so würde die Lage von Grund aus geändert werden. Polen würde die besten Offiziere, Offiziere und sehr wahrscheinlich einschließlich des Marshalls Foch selbst zur Verfügung haben. Was die Munition angeht, so ist ganz Ostdeutschland mit Geschützen und Munitionslagern vollgepfropft, die nach dem Vertrage an die Alliierten ausgeliefert werden müssen. Wenn Sowjetrußland in Polen einrückt, dann wird die Gesamtheit der Kriegsvorräte sofort zur Verfügung stehen. „Daily Express“ sagt: Die englische Antwortnote erklärt, daß es unmöglich ist, die Verhandlungen über den Handelsverkehr mit Rußland festzusetzen, wenn die Sowjetrußen in Polen eindringen. Kraftig ist daher verständigt worden, daß es besser ist, wenn er seine Abreise nach England solange aufschiebt, bis die Stellung der Sowjetregierung zweifelstfrei klargestellt ist.

Ob die Russen sich von dieser Drohung werden einschüchtern lassen, ist mehr als zweifelhaft. Der Vormarsch der Russen geht so schnell vor sich, daß sie schon heute an der Grenze von Kongresspolen stehen. Von dort bis Warschau sind aber nur noch wenige Tagesmärsche.

Deutschlands Neutralitätserklärung.

Im „Reichsanzeiger“ wird nachstehende Bekanntmachung des Reichspräsidenten veröffentlicht:

„In den zwischen der polnischen Republik und der russischen Sowjetregierung existierenden kriegerischen Verhältnisse hat Deutschland, das sich mit beiden Staaten im Friedenszustand befindet, bisher volle Neutralität beobachtet und wird diese Neutralität auch weiterhin beobachten. Ich werde

demzufolge darauf hin, daß für jedermann im Reich und für die Deutschen im Ausland die Verpflichtung besteht, sich aller Handlungen zu enthalten, die der Neutralität Deutschlands zuwiderlaufen.

Berlin, den 20. Juli 1920.

Der Reichspräsident: Eberl. Simons.

Diese Bekanntmachung wird den Regierungen in Warschau und Moskau amtlich zur Kenntnis gebracht.

Die Flamenbewegung in Belgien.

Antwerpen, 20. Juli. (Havas-Reuters.) Der Gemeinderat hat mit 20 gegen 7 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen eine Tagesordnung angenommen, die sich für die Verflämung der Untervorstadt Gent spricht.

Der Gewaltfriede gegen die Türkei.

London, 20. Juli. „Daily Express“ meldet aus Konstantinopel, der Großwesir allein von allen Mitgliedern des ottomanischen Kabinetts sei bereit, den Friedensvertrag zu unterzeichnen. Zwei Minister hätten schon ihre Demission eingereicht. Der Großwesir werde sich vermutlich an die Partei der Liberalen Vereinigung wenden, um eine neue Regierung zu bilden.

Amerikanische Kommunistenjustiz.

In Chicago hat in den letzten Tagen ein Sozialgerichtspräsident gegen die Mitglieder der kommunistischen Arbeiterpartei begonnen. Die Vorbereitung zur Tagung hin, da der Ankläger immer wieder fast alle Geschworenenkandidaten wegen politischer Unzuverlässigkeit ablehnte. Die Geschworenen wurden dabei in einer Weise, die man hierzulande kaum vorstellen kann, einer Selbsterprüfung unterworfen und je nach ihrem Ergebnis angenommen oder abgelehnt. Ein anschauliches Bild dieser namenschamlosen Prozedur geben die Berichte der „New Yorker Volkszeitung“, der wir die folgenden Fälle entnehmen:

Ein Kandidat namens Fortsch gab auf die Frage, ob er wisse, was Sozialismus oder Kommunismus ist, folgende Antwort: „Viele Leute glauben, daß sie es wissen, in Wirklichkeit wissen sie es aber ebenbüchsig wie ich.“ Auf die Frage, ob er schon einmal für einen Sozialisten seine Stimme abgegeben hat, erwiderte er nickend: „Bis jetzt noch nicht.“ Nachdem man ihm auseinandergesetzt hatte, was Kommunismus bedeutet, erklärte er sich ganz damit einverstanden. Daraufhin wurde er „aus allgemeinen Gründen entschuldigt“.

Ein Geschworener namens Christensen gab an, zehn Jahre hindurch ständig für das sozialistische Ticket gestimmt zu haben, und fügte hinzu, er sei von der Berechtigung des Aufrufgesetzes nicht überzeugt, worauf er „aus allgemeinen Gründen entschuldigt“ wurde.

Als ein Mann von nicht abgeklärten Ansichten erwieh sich der in Bremen geborene Geschworene Klapp. Er sagte nämlich, er habe einmal für sozialistische Kandidaten, darunter auch für Debs, gestimmt und er glaube auch an den Sozialismus, jedoch nicht an die Diktatur des Proletariats. Ueber die Schuld oder Unschuld der Angeklagten hatte er sich im voraus noch keine Meinung gebildet, da er, wie er gestand, bei Empfang der Vorladung als Geschworener überhaupt nicht wußte, um was für einen Fall es sich handelte. Als man ihm den Inhalt des Gesetzes mitteilte, auf dem die Vorlage beruht, erklärte er sich damit einverstanden. Er wurde schließlich vom Ankläger zurückgemittelt.

Herr Wilson kam einst zu uns als Haupt der amerikanischen Humanität und der amerikanischen Demokratie. Es gibt aber in der amerikanischen Demokratie doch manches, was wir lieber nicht annehmen wollen.

Solidaritätserklärung für Hue.

Halle, 20. Juli. (H.) Der in Nordhausen tagende Verbandstag der Bergleute der Halz-, Braunkohlen- und Eisenerzgruben der Bezirke Thüringen, Harz und Saale faßte folgende Entschliessung:

„Wir stehen geschlossen hinter den Ausführungen unseres Kameraden Hue in Spa. Wir versichern den Bürgern unserer regen Mitarbeit am Wiederaufbau der durch den Krieg verwüsteten Gebiete. Mit der internationalen Bergarbeiter-Solidarität werden wir wie vordem den internationalen Imperialismus bekämpfen. Der Befehlung des Ruhrreviers oder anderer Bergbauabteile durch Entenietruppen stehen wir geschlossen gegenüber. Der Verfassung deutscher Arbeiter werden wir uns zu widersetzen.“

Der Streik in Golpa beendet.

Berlin, 20. Juli. (M. T. B.) Die Arbeiterschaft der Grube Golpa, des Kraftwerks Schornemitz und der dazu gehörigen Betriebe hat in Verfolg der für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau unter Leitung des Reichsarbeitsministeriums geführten Verhandlungen beschloffen, am Mittwoch, den 21. dieses Monats, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Aus dem Freistadtbezirk.

Elba. Die Elba ist ein wunderschöner Fluss. Von Freitag den 25. bis Sonntag den 27. Juli 1920. Die Elba ist ein wunderschöner Fluss. Von Freitag den 25. bis Sonntag den 27. Juli 1920. Die Elba ist ein wunderschöner Fluss. Von Freitag den 25. bis Sonntag den 27. Juli 1920.

Reichenberg. Kapitel Landarbeiterarbeiten.

Wie in Reichenberg sind mehrere Arbeitstische, die mit dem hohen Lohn keine Arbeit bekommen können. Die Besitzer stellen sie nicht ein oder sie bieten ihnen einen Lohn, der erheblich unter den sonstigen Vereinbarungen zurückbleibt. Da es sich um zwei handelt, so im Oktober 1919 erst aus dem Kampf heraus und konnte man erwarten, dass dieser Arbeitstisch nunmehr ausgeglichen wird, aber das ist abzuwarten. Man hat nun davon hinzuzufügen, dass diese Arbeitstische, die nunmehr ausgeglichen werden, werden polnische Arbeiterarbeiten betreiben. Die Arbeitstische sind nun durch diese Arbeitstische, die nunmehr ausgeglichen werden, werden polnische Arbeiterarbeiten betreiben. Die Arbeitstische sind nun durch diese Arbeitstische, die nunmehr ausgeglichen werden, werden polnische Arbeiterarbeiten betreiben.

Aus dem deutschen Osten.

Polnische Wohltätigkeit.

Den „P. P. R.“ wird geschrieben: Das polnische rote Kreuz hat vor kurzem in der Gegend, ein von privater Seite erlangenes deutsches Hilfsgeld für oberhalbliche Kinder der polnischen Agitationen in den Abteilungsgebieten Schmierereien bereitet. Den Versuch zur Rückzahlung der deutschen Aktion unternommen. Es ist eine Reihe Kinder in das polnische Abteilungsgebiet zum Sommeraufenthalt abgebracht und dort untergebracht worden. Einzelheiten über dieses „Wohltätigkeitsunternehmen“ zeigen, wie langsam der polnische Versuch wirkungen ist und wie sehr man im Kreise der polnischen Agitationen auf die Leichtgläubigkeit des oberhalblichen Volkes rechnet. So meldet „Kulturwart“ von Kuzler Gedjenn. Warschau habe 40 000 polnische Mark gesammelt um einigen tausend oberhalblicher Arbeiterkindern Aufenthalt in Polen zu verschaffen. Wenn man überlegt, dass 40 000 polnische Mark 8000 deutschen Mark entsprechen, so kann man sich nicht gut vorstellen, wie

mit diesen Mitteln einige tausend Kinder wochenlang unterhalten und gepflegt werden können, und man muß diese polnische Opferwilligkeit für einen Bluff halten. Noch besser aber charakterisiert die polnische Wohltätigkeit die Tatsache, daß die in Frage kommenden oberhalblichen Kinder eine ganze Nacht liessend und hungernd auf dem Bahnhof in Polen zubringen mußten, da niemand über sie bescheid wußte. Wenn das am grünen Holze der polnischen Agitationswohltätigkeit geschieht, dann . . . !

Bewerkschaftliches.

Sozialisierung des Baugewerbes.

Hamburg voran!

Nachdem vor kurzem in ganz Deutschland eine Kundgebung stattgefunden hat, die zur Behebung der Wohnungsnot eine baldige Inangriffnahme der Sozialisierung des Baugewerbes fordert, ist in Hamburg der erste Anfang auf diesem Wege gemacht worden. Es handelt sich um einen Beschluß der Hamburger Bürgerchaft. In ihrer Sitzung am Mittwoch wurde ein Antrag der Mehrheit der beiden sozialistischen Fraktionen gegen die Rechte angenommen; er verlangt staatliche Mittel zur Gründung und Förderung der gemeinnützigen Baubetriebe sowie die Errichtung staatlicher Produktions- und Landesbetriebe zu gewähren.

Des Weiteren sollen die Behörden für eine verbesserte Baustoffbeschaffung und wirtschaftliche Art der Herstellung von staatlichen Hoch- und Tiefbauten Vorschläge zu machen. Genosse Paepow, der Vorsitzende des Deutschen Bauarbeiterverbandes, hielt eine längere Rede zur Begründung der Vorlage. Der Widerspruch der bürgerlichen Fraktionen war nicht besonders heftig. In einzelnen Punkten konnte in der Beschlußfassung sogar Einmütigkeit erreicht werden, denn auch die Stellen des Ausschusses, auf die es hauptsächlich ankam, von ihnen abgelehnt wurden.

Richter gegen das Koalitionsrecht.

Die Gewerkschaftskommission für Berlin und Umgegend erläßt folgenden Befehl:

Angestellte! Verfassungsbrech! Arbeiter!

Das Koalitionsrecht ist auch genommen. In dem berechtigten Streik der Rechtsanwaltsangehörigen haben die Rechtsanwälte durch ihren Vertreter Rechtsanwalt W. Koch Friedrichstr. 48 folgende erzwungene Verfügung vom Landgericht II, Zivilkammer 15 erlassen:

15. 7. 1920.

W. Koch

Zur Antrag 1. des Berliner Anwaltsvereins e. V. zu Berlin, bezogen durch die beiden Vorsitzenden der Justizrat Julius Wagner und Rechtsanwalt W. Koch, beide zu Berlin, 2. des Rechtsanwalts Hans Lohme zu Berlin, Franzstraße 25, 3. des Rechtsanwalts W. Koch, beider zu Berlin-Schöneberg, Vorhofer Straße 50. Anwaltsvereins, sämtlich vertreten durch

den Zentralverband der Angestellten, Bezirk Ost, 1. Vorsitzender durch seinen Vorstand, Antraggeber, wird im Wege der einstweiligen Verfügung angeordnet: Dem Antraggeber wird bei Vermeidung einer Geldstrafe von 1500 M. für jeden Fall der Zuwiderhandlung aufgegeben, alle Handlungen zu unterlassen, durch die der Streik der Rechtsanwaltsangehörigen in Groß-Berlin eingestellt, gefördert oder sonst unternommen werden könnte, insbesondere: 1. Aufrufe, Ermahnungen und Aufforderungen dieses Inhalts in Wort und Schrift, 2. Einberufung von Streikversammlungen und Beteiligung an solchen in jeder Form, 3. Zahlung von Streikunterstützungen, 4. Organisation von Streikpostendiensten. Berlin, den 8. Juli 1920.

Landgericht, Zivilkammer 15.
Gen. Schulz, Bohn. Kofke.
E. Ausgefertigt Berlin, den 9. Juli 1920.
Gen. Lange.
Gerichtsschreiber des Landgerichts II.
Diese Verfügung ist ein Schlag ins Gesicht der Angestellten und Arbeiter. Der Zentralverband der Angestellten hat bereits die erforderlichen Schritte zur Aufhebung dieser Verfügung eingeleitet. Sollte dem nicht umgehend Rechnung getragen werden, so ist die Angestellten- und Arbeiterchaft entschlossen, den Kampf gegen die Situationsierung der durch die Verfassung gewährleisteten Rechte aufzunehmen. Richter, die eine solche Verfügung erlassen, können ihren unabhängigen Stand dazu, den Arbeitern ihre elementarsten Rechte zu nehmen. Lam muß die Arbeiterchaft mit allen Mitteln begegnen und sich bereithalten zu entschlossener Abwehr gegen jeden Eingriff in ihre verfassungsmäßigen Rechte. Den Angestellten, denen zunächst dieser Kampf aufgezwungen ist, wird die organisierte Arbeiterchaft solidarisch und stets hilfsbereit zur Seite stehen.

Bermischtes.

Aufhebung großer Getreideschiebungen.

Aus Weimar wird gemeldet: Einer Schieberfamilie ist durch die Polizeibehörden das Handwerk gelegt worden. Vor einigen Tagen wurde die in der Nähe von Gera gelegene Scheubengraber Mühle geschlossen und der Müller Nickel verhaftet. Jetzt ist auch der Inhaber dieser Mühle, der Kaufmann Friedrich Voßkuhl, der Schwiegerlehn Nickel, wegen unerlaubter Vermahlung großer Posten von Getreide verhaftet worden. Durch Festsetzung eines Beamten der Reichsgetreidestelle mit 3000 Mark war es dem Verhafteten gelungen, die großen Schiebungen schon seit geraumer Zeit zu erwidern. Die Erhebungen haben auch ergeben, daß Voßkuhl einen ausgedehnten Wucherhandel mit Brennmaterial und Zement betrieben hat. Ferner wurden Kleiderstoffe im Werte von über zwei Millionen Mark vorgefunden. Der Verhaftete, der sein Vermögen beiseite geschoben hat und zweimal Konkurs angemeldet hatte, lebte auf großem Fuße und besaß ein Haus.

Neues Operetten-Theater

(Früher Wilhelm-Theater.)
Tel. 4092. Tel. 4092.
Besitzer u. Direktor Paul Bannmann.
Kunstl. Leitung: Dr. Sigmund Kunstst.

Heute Donnerstag, den 27. Juli,
abends 7 1/2 Uhr

„Wo die Lerche singt“
Operette in 3 Akten, Musik Franz Lehar.
Sonnabend, d. 24. Juli, abds 7 1/2 Uhr
Zum ersten Male!

Die Fledermaus.
Operette in 3 Akten von Johann Strauß.
Vorverkauf taglich von 10-3 Uhr
bei Koch, Langenmarkt 24 und von
10-5 Uhr im Warenhaus Freymann.
Sonnabds 1. u. 2. Theaterkasse
in Vorbereitung:

„Die Schönste von Allen“.
In den Partieräumen:
Klein-Kunst-Bühne „Libelle“

Hotel Danziger Hof
Wanziger
Donnerstag 4 Uhr Tee
Sonnabend
Abends 7 1/2 Uhr
Sitz-Konzerte
Vergnügungskäbe

Sprecht Esperanto
Auskunft bei Ketterling, Drg.-Langfuhr, Luisen-
tal 6pt., Tendler, Danzig, Paradisg. 82b Lr.
Sei gesund, Kräfte,
Dr. Josef Perzlathe, Dokt.
Nr. 5.-, Verland Gräbe
Kroptzke, Erfurt 561 (5025)

Deutscher Metallarbeiterverband
Verwaltungsstelle Danzig, 4. Damm 7 II.
**Achtung! Schmiede, Kesselschmiede,
Huf- und Wagenschmiede und Helfer!**
Sonnabend, den 24. Juli 1920, gleich
nach Feierabend
**Wahl von 2 Delegierten
zur Berufskonferenz
am 7. August er. in Halle a. S.**
Es wählen alle Kollegen der Waggonfabrik,
der Nietensfabrik und der Schichauwerft bei
Schmidke, Nebenzimmer.
Die Kollegen der Danziger Werft, der
Werft von Klawitter und Wosjan bei Müller,
Niedere Seigen 8.
Die Kollegen der Gewerksfabrik und der
Eisenbahn-Hauptwerkstatt bei Hamigki,
Gr. Schwalbengasse.
Alle übrigen Kollegen der Kleinbetriebe
im Büro des D. M. V., 4. Damm 7 II.
Die Kandidaten werden im Wahllokale be-
nannt.
Für Danzig kandidieren:
Franz Schneider, Huf- und Wagenschmied,
Albert Raabe, Werkschmied.
Um vollzählige Teilnahme an der Wahl
wird eruchtet.
Ohne Mitgliedsbuch darf niemand wählen.
Es darf jeder dort wählen, wo es ihm am
nächsten liegt. (1857)
Die Ortsverwaltung,
F. Arczynski.

**Aha! Auch mit
„FADA“ Seifenpulver
gewaschen.**



**Anfertigung sämtlicher
DRUCKSACHEN**
In geschmackvoller und
saubere Ausstattung
Massenaufgaben
In kürzester Zeit
zu billigen Preisen
Kataloge - Broschüren
Zeitschriften - Bücher
Buchhandlung
Sozialistische Literatur
in größter Auswahl
Danziger Volksstimme
Fernsprecher 3290 Am Spendhaus 6 Fernsprecher 720

**Fahrräder
billig!**
Herrn- und Damen-
Bergfahrräder & Comp.
Langgasse 30, 1773.

**Fahrradgummi
billig!**
In Auslandsstärke 135 u.
in lange Distanz. 11732
Bergfahrräder & Comp.
Danzig, Langgasse 30

Schnupftabak
In Qualität
In kleineren Posten ständig greifbar.
Johann Kosuchowski,
Danzig-Schlichter, Karlsruher Straße 113.
Telefon 2747

Elektromotor,
1/2 PS., 220 Volt, Gleichstrom, mit Anlasser,
preiswert abzugeben
Danziger Volksstimme,
Am Spendhaus 6.

**Neu!
Frauenstimmen**
Beiträge der sozialdemo-
kratischen Volksvertre-
tinnen zu den Zeitsfragen
Preis 2,25 Mark
und 20% Leuzungszuschlag
Buchhandlung Volkswocht
Am Spendhaus 6 u. Paradisgasse 32